

# Handelsblatt

Die Wirtschafts- und Finanzzeitung

Chefredakteur: Bernd Ziesemer  
Stv. Chefredakteure: Joachim Dorfs, Michael Backfisch,  
Hermann-Josef Knipper, Roland Tichy  
Verantw. Redakteur Meinung & Analyse: Thomas Hanke  
Leserbriefe: Redaktion Handelsblatt, Postfach 102741, 40018 Düsseldorf  
E-Mail: hb.leserbriefe@vhb.de

## KERNKRAFT

### Wahrheit tröpfchenweise

Oft sind es ja nicht die schlichten Fakten eines Störfalls, die in der Öffentlichkeit für Unruhe sorgen, sondern die Verzögerung, mit der die Tatsachen publik werden. Leider ist die Krisenkommunikation im Zusammenhang mit dem Störfall im Kernkraftwerk Krümmel äußerst schlecht gelaufen. Die Fakten kommen nur tröpfchenweise ans Licht. Die Branche ist noch nicht am Ende ihrer Lernkurve angelangt.

Was haben die Betreiber von Kernkraftwerken in Deutschland nicht alles falsch gemacht: Störfälle wurden mehrere Tage, Wochen oder gar Monate zu spät gemeldet, ein Störfall wurde erst durch einen anonymen Hinweis bekannt - das alles hat die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahrzehnten kopfschüttelnd und später fassungslos zur Kenntnis genommen.

Im Fall Krümmel hat Vattenfall die Öffentlichkeit am vergangenen Donnerstag über den - vergleichs-

weise harmlosen - Trafo-Brand und die Schnellabschaltung des Kraftwerks umgehend informiert. Der Reaktor sei nicht betroffen gewesen, hieß es. Der schnelle Druckabfall im Reaktordruckbehälter wurde dabei verschwiegen, davon erfuhr zunächst nur die zuständige Aufsichtsbehörde.

Die Reaktion des besonders kritischen Teils der Öffentlichkeit ist klar: Die Informationspolitik des Betreibers nähere Zweifel an dessen Zuverlässigkeit, heißt es jetzt. Vattenfall hat es in der Hand gehabt, diese Fundamentalkritik gar nicht erst aufkommen zu lassen. Das Unternehmen hätte der Öffentlichkeit gegenüber die Karten früher auf den Tisch legen sollen.

Umfragen belegen, dass viele Bürger in den vergangenen Monaten ihre ablehnende Haltung gegenüber der Kernkraft revidiert haben. Der Fall Krümmel könnte dazu beitragen, diesen Trend umzukehren.

stratmann@handelsblatt.com

## PRIVATE EQUITY

### Dicke Backen

Da stockt einem der Atem. 26 Milliarden Dollar zahlt Blackstone für die Hotelkette Hilton, eine Prämie von 40 Prozent zum letzten Aktienkurs. Fast im Wochentakt kündigen die Finanzinvestoren zurzeit Mega-Deals an. Und immer häufiger scheinen sie dabei ihre so lange hoch gehaltene Preisdizziplin zu vergessen.

Das gilt nicht mehr nur für die richtig großen Transaktionen, auch bei mittleren werden Grenzen überschritten, die früher tabu waren. Zum Beispiel beim Bootsbauer Bavaria Yachtbau, für den Bain Capital in diesen Tagen kolportierte 1,3 Milliarden Euro zu zahlen bereit war. Das wäre das Fünffache des Umsatzes.

Ähnlich verwegen sieht die ebenfalls gestern angekündigte Offerte von Apollo Management für das Chemieunternehmen Huntsman aus, mit dem die Finanzinvestoren das Angebot von Basell aus dem Weg räumen wollen. Inklusive Schulden sollen rund zehn Milliarden Dollar fließen - für

eine Gesellschaft, die schon heute einen Schuldenberg von vier Milliarden Dollar bewältigen muss.

Die Idee, Huntsman anschließend mit der Apollo-Beteiligung Hexion zu verschmelzen, mag strategisch durchaus sinnvoll sein, macht die Sache aber nicht besser. Da auch Hexion mit Verbindlichkeiten von gut fünf Milliarden Dollar „gesegnet“ ist, entstände ein Verbund mit einer arg strapazierten Bilanz. Ein kleiner Einbruch in der zyklischen Chemiekonjunktur, ein etwas größerer Sprung bei den Rohstoffpreisen, und das Kartentausch könnte zusammenfallen.

Doch was seit knapp zwei Wochen an politischen Forderungen zum Schutz vor Staatsfonds durch die Lande geistert, läuft dem Sinn dieser Zusammenarbeit zuwider. Die Bundeskanzlerin denkt laut über rechtliche Auflagen nach, die ausländischen Fonds den Zugang zu Unternehmenskäufen beschränken. Darüber hinaus erscheint ihr eine Reziprozitätsklausel attraktiv: Deutschland solle sich Ländern gegenüber, die ihren Markt abschotten, weniger offen zeigen als im Verhältnis zu anderen Staaten. Der Finanzminister nennt bereits konkrete Branchen, die geschützt werden sollen.

All das scheint dem gesunden Menschenverstand nach dem Motto „Wie du mir, so ich dir“ zu entsprechen: Wenn Chinesen und Russen unsere Unternehmen nur bedingt auf ihre Märkte lassen, warum sollen wir dann Investitionen zulassen, die von staatlich gesteuerten Fonds getätigt werden?

Doch der gesunde Menschenverstand ist nicht der beste Rategeber, wenn es um komplexe Fragen der Außenwirtschaftsbeziehungen geht. Merksels scheinbar pragmatische Formel der Öffnung nur dann, wenn Gegenseitigkeit besteht, tritt im Vorbeigehen einen seit Jahrzehnten gepflegten Grundsatz der deutschen Außenhandelspolitik in den Orkus. Wir haben die Öffnung unserer Märkte nicht davon abhängig gemacht, dass Handelspartner exakt denselben Grad an Offenheit praktizieren. In der EU wurden um diesen Grundsatz verbissene Kämpfe ausgetragen: Frankreich hätte gerne die Reziprozität etabliert, Deutschland hat dagegehalten - aus der Überzeugung heraus, dass nicht der Liberale der Dumme ist, sondern derjenige, der sein eigenes Verhalten zum Spiegelbild eines protektionistischen Drittstaates macht.

Es gibt einen Sonderfall: die Rüstungs- und Verteidigungsindustrie. Hier können tatsächlich nationale Sicherheitsinteressen berührt sein. In anderen Branchen operieren die Freunde des Staatsschutzes aber mit kruden Bedrohungsängsten: Mächtige staatliche Fonds könnten die Perlen der deutschen Industrie aufkaufen, nicht etwa, um sie profitabel zu entwickeln, sondern um ihr technologisches Rückenmark auszulutschen

koenen@handelsblatt.com

## BUNDESWEHR

### Schlampige Befehlskette

Der Soldat hat seinen Vorgesetzten zu gehorchen. So steht es im Soldatengesetz. Aber diese Pflicht fordert auch den jeweiligen Vorgesetzten. Er muss eine Gegenleistung erbringen: Die besteht nicht nur darin, den Soldaten durch Ausbildung und Ausrüstung zu befähigen, ihm erteilte Befehle auszuführen. Sie umfasst auch die Aufgabe, Vorbild zu sein und Beispiel zu geben.

Dies betrifft nicht nur militärische Vorgesetzte, sondern auch die Politik. Nicht umsonst nimmt diese in Demokratien gegenüber den Streitkräften den Primat in Anspruch. Wenn man nun die in den letzten Tagen produzierten Schlagzeilen zum Thema Bundeswehr Revue passieren lässt, können Zweifel an den Führungsqualitäten vor allem der politischen Protagonisten geweckt werden.

Da wird Piloten der Luftwaffe anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm befohlen, im Tiefstflug die Umgebung und das Verhalten dort aufmarschierender Demonstranten zu erkunden. Amtshilfe für die Polizei, heißt es lapidar.

Doch der Verteidigungsminister, im Frieden oberster Dienstherr der Soldaten, steht im Dunkeln, will jetzt die Befehlskette erforschen. Als gäbe es im Land keine klaren Vorgaben dafür, ob und zu welchen Zwecken die Bundeswehr gerufen werden darf. Schlichte Bürokraten in Landesbehörden von Mecklenburg-Vorpommern dürfen sich jedenfalls nicht anmaßen, selber zu entscheiden. Dies ist selbstverständlich Sache der militärischen Führung.

Bei den Soldaten fördert solches Verwirrspiel kaum das Vertrauen in ihre Vorgesetzten. Sie müssen davon ausgehen können, dass Einsatzbefehle rechtmäßig sind. Die Hierarchie, der sie sich unterwerfen, darf nicht willkürlich verändert werden. Schlampiger Umgang damit lässt die Vokabeln Pflicht und Gehorsam rasch hohl klingen.

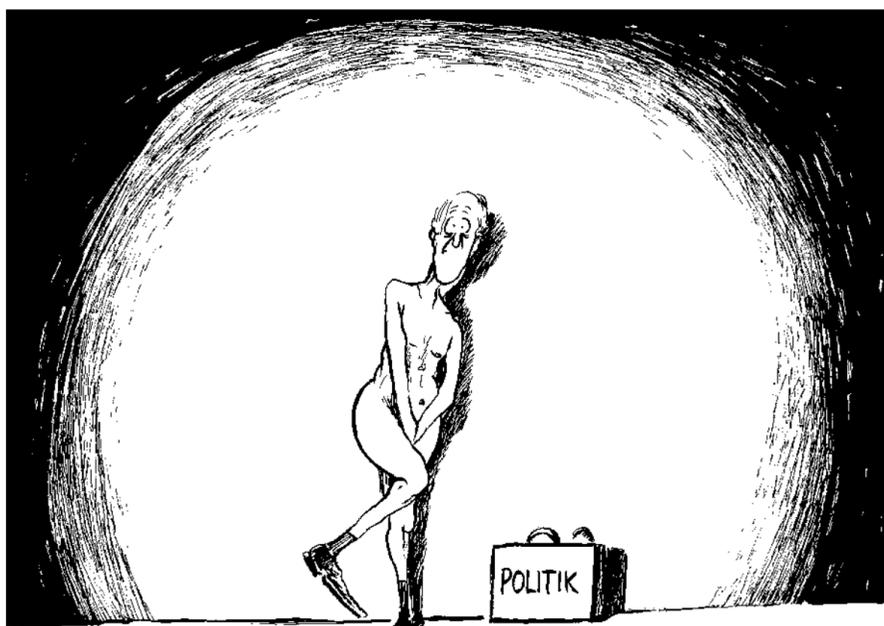
stein@handelsblatt.com

## ZITAT DES TAGES

„I love cash.“



PEER STEINBRÜCK, Bundesfinanzminister, bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs für 2008 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011.



LICHT AUS! ... SPOT AN!

## STAATSFONDS

# Monster-Heuschrecken

THOMAS HANKE

ines der wichtigsten Ergebnisse des G8-Gipfels könnte in Gefahr geraten: die engere Zusammenarbeit der führenden Industrie- mit den fünf wichtigsten Schwellenländern China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika. In Heiligendamm wurde beschlossen, in den nächsten zwei Jahren acht Treffen dieser Länder mit hochrangigen Vertretern abzuhalten und dafür ein technisches Sekretariat bei der OECD in Paris einzurichten. Zwei der Hauptthemen der Kooperation, nachzulesen im Gipfelkommuniqué, sollen die „Förderung und der Schutz von Investitionen“ sowie die Sicherung „eines offenen Investitionsumfeldes“ sein, wobei die Unternehmen „Grundsätze der sozialen Verantwortung wahren“ sollen.

Doch was seit knapp zwei Wochen an politischen Forderungen zum Schutz vor Staatsfonds durch die Lande geistert, läuft dem Sinn dieser Zusammenarbeit zuwider. Die Bundeskanzlerin denkt laut über rechtliche Auflagen nach, die ausländischen Fonds den Zugang zu Unternehmenskäufen beschränken. Darüber hinaus erscheint ihr eine Reziprozitätsklausel attraktiv: Deutschland solle sich Ländern gegenüber, die ihren Markt abschotten, weniger offen zeigen als im Verhältnis zu anderen Staaten. Der Finanzminister nennt bereits konkrete Branchen, die geschützt werden sollen.

All das scheint dem gesunden Menschenverstand nach dem Motto „Wie du mir, so ich dir“ zu entsprechen: Wenn Chinesen und Russen unsere Unternehmen nur bedingt auf ihre Märkte lassen, warum sollen wir dann Investitionen zulassen, die von staatlich gesteuerten Fonds getätigt werden?

Doch der gesunde Menschenverstand ist nicht der beste Rategeber, wenn es um komplexe Fragen der Außenwirtschaftsbeziehungen geht. Merksels scheinbar pragmatische Formel der Öffnung nur dann, wenn Gegenseitigkeit besteht, tritt im Vorbeigehen einen seit Jahrzehnten gepflegten Grundsatz der deutschen Außenhandelspolitik in den Orkus. Wir haben die Öffnung unserer Märkte nicht davon abhängig gemacht, dass Handelspartner exakt denselben Grad an Offenheit praktizieren. In der EU wurden um diesen Grundsatz verbissene Kämpfe ausgetragen: Frankreich hätte gerne die Reziprozität etabliert, Deutschland hat dagegehalten - aus der Überzeugung heraus, dass nicht der Liberale der Dumme ist, sondern derjenige, der sein eigenes Verhalten zum Spiegelbild eines protektionistischen Drittstaates macht.

Es gibt einen Sonderfall: die Rüstungs- und Verteidigungsindustrie. Hier können tatsächlich nationale Sicherheitsinteressen berührt sein. In anderen Branchen operieren die Freunde des Staatsschutzes aber mit kruden Bedrohungsängsten: Mächtige staatliche Fonds könnten die Perlen der deutschen Industrie aufkaufen, nicht etwa, um sie profitabel zu entwickeln, sondern um ihr technologisches Rückenmark auszulutschen

chen: Wenn Chinesen und Russen unsere Unternehmen nur bedingt auf ihre Märkte lassen, warum sollen wir dann Investitionen zulassen, die von staatlich gesteuerten Fonds getätigt werden?

Doch der gesunde Menschenverstand ist nicht der beste Rategeber, wenn es um komplexe Fragen der Außenwirtschaftsbeziehungen geht. Merksels scheinbar pragmatische Formel der Öffnung nur dann, wenn Gegenseitigkeit besteht, tritt im Vorbeigehen einen seit Jahrzehnten gepflegten Grundsatz der deutschen Außenhandelspolitik in den Orkus. Wir haben die Öffnung unserer Märkte nicht davon abhängig gemacht, dass Handelspartner exakt denselben Grad an Offenheit praktizieren. In der EU wurden um diesen Grundsatz verbissene Kämpfe ausgetragen: Frankreich hätte gerne die Reziprozität etabliert, Deutschland hat dagegehalten - aus der Überzeugung heraus, dass nicht der Liberale der Dumme ist, sondern derjenige, der sein eigenes Verhalten zum Spiegelbild eines protektionistischen Drittstaates macht.

Es gibt einen Sonderfall: die Rüstungs- und Verteidigungsindustrie. Hier können tatsächlich nationale Sicherheitsinteressen berührt sein. In anderen Branchen operieren die Freunde des Staatsschutzes aber mit kruden Bedrohungsängsten: Mächtige staatliche Fonds könnten die Perlen der deutschen Industrie aufkaufen, nicht etwa, um sie profitabel zu entwickeln, sondern um ihr technologisches Rückenmark auszulutschen

und eine leblose Hülle zurückzulassen. Das ist die Rückkehr der Heuschrecke, diesmal als gelbes Monsterexemplar.

Nur: Welcher Fonds wäre so verrückt, Milliarden für den Raub geistigen Eigentums auszugeben, wenn er dieses Ziel mit Hilfe von Hackern und ein paar korrumpierten Mitarbeitern viel billiger erreichen kann? Im Übrigen: So fremd ist uns dieses Thema auch nicht. Oder ist der seltsame Wechsel des „Super-López“ von GM zu VW schon vergessen?

Kontraproduktiv sind die Planspiele über staatlichen Schutz vor den Fonds aber vor allem, weil sie die viel versprechende Kooperation mit den Schwellenländern gefährden. Das überragende Ziel ist, dass sich alle Unternehmen der Schwellenländer, auch ihre Fonds, nach zivilisierten Standards verhalten, vom geistigen Eigentum bis zur Achtung der Arbeitnehmerrechte. Viele große Schwellenländer sind da extrem zögerlich und scheuen deshalb die Mitgliedschaft in der OECD.

Eine Änderung ihres Verhaltens kann man nur auf der Basis von Freiwilligkeit erreichen, genau wie die G8-Initiative es vorsieht. Der aber schießt man die Basis weg, wenn schon im Vorfeld des beginnenden Dialogs der Westen protektionistische Fakten schafft. Seine Politik ist dann noch ungefähr so glaubwürdig wie die Freihandelsrhetorik, mit der Großbritannien im 19. Jahrhundert seinen Opiumkrieg gegen China rechtfertigen wollte.

hanke@handelsblatt.com

## DER ÖKONOMISCHE GASTKOMMENTAR

# Transparenz zahlt sich aus

Im Gegensatz zu den USA gibt es in Deutschland nur unzureichende Informationen über die Strategien von Hedge-Fonds

Die Aktivitäten von Hedge-Fonds sind breit gestreut, wobei alle die Aussicht auf sehr hohe Renditen eint. Ausgestattet mit erheblichen Geldmitteln, treten Hedge-Fonds in letzter Zeit verstärkt als Aktionäre börsennotierter Unternehmen auf. Und sie fallen auf: Forderungen nach einem Strategiewechsel, nach speziellen Ausschüttungen und nach Änderungen der Finanzierungsstruktur sind an der Tagesordnung. Dramatisch in Szene gesetzt werden vor allem die gewünschten personellen Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat.

Hedge-Fonds pflegen das Geschäftsmodell des aggressiven Aktionärsaktivismus. Hinter diesem Begriff verbirgt sich letztlich nur die legitime Wahrnehmung von Aktionärsrechten. Allerdings geschieht dies nicht vornehm zurückhaltend, sondern mit lautm Getöse und vor allem öffentlichkeitswirksam. Unternehmen wie die Deutsche Börse, Techcom und CeWe Color wissen ein Lied davon zu singen.

Ist dieses Geschäftsmodell erfolgreich? Da die Zielunternehmen börsennotiert sind, lässt sich der Einfluss von Hedge-Fonds am Börsenkurs verfolgen. Wie bewertet der Kapitalmarkt das Auftreten von Hedge-Fonds und die von diesen vorgetragenen Forderungen? Durchweg positiv,

wie ein Blick in Richtung USA lehrt. Die Studien von Brav/Jiang/Partnoy/Thomas und Klein/Zur aus dem Jahr 2006 weisen außergewöhnliche Renditen zwischen fünf und 7,3 Prozent für die Zeiträume von 2004 bis 2005 bzw. von 2003 bis 2005 nach.

Der Kapitalmarkt sieht den Einstieg von Hedge-Fonds als ein wertsteigerndes Ereignis. Wer profitiert von dieser Wertsteigerung? Nicht nur die agierenden Hedge-Fonds, da die Information über ihren Einstieg allgemein bekannt gegeben wird. Hier greift eine Besonderheit des US-Kapitalmarktes, der im Vergleich zum deutschen Markt einen höheren Grad an Transparenz aufweist. Er erfasst nämlich durch seine Meldepflichten die Aktionärsaktivitäten von Hedge-Fonds recht genau.

Nach dem Securities Exchange Act aus dem Jahr 1934 werden von jedem Aktienkäufer bei einem Erwerb von mehr als fünf Prozent der Anteile detaillierte Angaben erhoben. Dabei wird unterschieden zwischen aktivem und passivem Verhalten. Aktive Investoren müssen im so genannten Schedule 13D innerhalb von zehn Tagen den Kauf melden und ihre Ziele präzise darlegen.

Darunter fallen Forderungen nach geplanten Zusammenschlüssen von Unternehmen, nach Käufen und Verkäufen von Unternehmensteilen, Än-

derungen in der Kapitalstruktur und Dividendenpolitik, Sonderausschüttungen und Rückkaufprogramme. Diese Informationen werden der Öffentlichkeit durch die SEC zur Verfügung gestellt.

Dagegen haben Investoren, die keine Änderungen der Unternehmenspolitik verfolgen, für ihre Mel-



SIGRID MÜLLER ist Direktorin des Instituts für Finanzierung an der Humboldt-Universität in Berlin.

dung nach Schedule 13G 45 Tage Zeit. Wechselt ein Investor von passivem zu aktivem Verhalten, muss die SEC auch davon nach Schedule 13D verständigt werden. Die Öffentlichkeit wird auch informiert. Positiv ist ferner, dass nicht nur Aktienpositionen, sondern auch Derivate bei der Melde-schwelle berücksichtigt werden.

In den USA verfügen die Kapitalmärkte somit über eine ausgezeichnete Informationsbasis hinsichtlich der Aktivitäten von Hedge-Fonds. Zahlt sich dies aus? Lassen sich insbesondere durch das Nachahmen der Anlagestrategien von Hedge-Fonds

# Hemmungslos

ARD/ZDF

HANS-PETER SIEBENHAAR

Reizen Sie attraktive Provisionen? Haben Sie starkes Selbstvertrauen? Haben Sie einen einwandfreien Leumund? Sind Sie leistungsorientiert? Wenn Sie diese Fragen mit Ja beantworten können, dann hält der Hessische Rundfunk für Sie als Seiteneinsteiger einen lukrativen Job bereit: Rundfunkgebührenbeauftragter. Das Stellenangebot als GEZ-Gebühreneintreiber ist im Internet der ARD zu finden.

Der Bedarf an frischem Geld ist in den Reihen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens ungestillt. Obwohl die Anstalten zuletzt ihre Gebühreneinnahmen um 163 Millionen Euro auf die Rekordsumme von 7,29 Milliarden Euro steigerten, fordern sie noch mehr. Für die nächste Gebührenperiode verlangt die ARD 95 Cent und das ZDF 44 Cent monatlich mehr vom Bürger.

Warum? ARD und ZDF wollen im digitalen Internetzeitalter in der ersten Reihe sitzen. Und das kostet Geld, viel Geld. Die Gier kennt keine Hemmungen. Mit ihrer kürzlich beschlossenen Digitalstrategie haben die Sender den bislang größten Eroberungsfeldzug eingeleitet. Gleichgültig ob Internetfernsehen, Online-Filmab-rufportale, Podcasts, Handy-TV, HDTV oder neue Digitalkanäle - die Expansion von ARD und ZDF sprengt bisherige Grenzen.

Im Gegensatz zu seinen eher bürokratisch agierenden Vorgängern ist der neue ARD-Vorsitzende Fritz Raff ein politisch gewiefter Taktiker und glänzender Verkäufer. Der gelernte Journalist und ehemalige Gewerkschafter bezeichnet die GEZ-Zwangsgebühr euphemistisch als „Content-Flatrate für Qualitätsinhalte“. Ob es einen Bedarf für diese zusätzlichen Inhalte im Internet gibt, lässt der Schwabe allerdings offen. Aber genau das ist die eigentliche Frage. ARD und ZDF orientieren sich nicht an den Bedürfnissen des Marktes. Sie orientieren sich stattdessen an ihren eigenen.

Deutschland besitzt schon jetzt das größte und teuerste öffentlich-rechtliche Fernsehsystem der Welt. Nirgendwo sonst gibt es eine solche Vielzahl von Fernsehsendern und Radiokanälen. Nun planen Raff und seine Intendantenkollegen, dieses opulente Angebot auch auf Internet und Handy zu übertragen.

Die Politik reagiert auf diese mediale Machtergreifung bisher hilflos oder passiv. ARD und ZDF nutzen wie schon so oft die Untätigkeit der für den Rundfunk zuständigen Länder, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

So kann alsbald die Tagesschau auf dem Handy abgerufen wer-

den. Und Anfang September soll auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin ein zentrales Video- und Audioportal im Internet an den Start gehen. Fast wöchentlich entstehen neue Podcasts auf den mehr als 600 Internetseiten der Anstalten.

Die aggressive Expansion von ARD und ZDF droht nun zu einer weit reichenden Wettbewerbsverzerrung im Internet zu führen. Die Gratisangebote der Anstalten behindern und gefährden die Unterhaltungs- und Informationsangebote von privaten Unternehmen. Dabei wird der Kampf zwischen Anstalten und Medienfirmen mit ungleichen Waffen geführt. Während private TV-Sender, Zeitschriften und Zeitungen ihre Online-Angebote mühsam mit Werbung oder Zusatzlösungen wie Merchandising finanzieren, brauchen sich ARD und ZDF nicht um die schwierigen Marktbedingungen zu kümmern. Ihre Rechnung zahlt am Ende der Gebührenzahler.

## Lasche Kontrollen können die Gier der öffentlichen Sender nicht bremsen.

Mit ihrer Digitalstrategie schießen die Anstalten weit über das Ziel hinaus. Gehört es wirklich zur Grundversorgung durch ARD und ZDF, in einer Online-Börsenzeitung über die Bilanzprobleme des Forderungseintreibers Dresdner Factoring zu sinnieren oder über die Kapitalerhöhung beim Coburger Puppenhersteller Zapf zu spekulieren? Gehören tägliche Newsletter der ARD-Börsenzeitung über Aktienkurse zu den Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?

Niemand wird den Öffentlich-Rechtlichen eine Weiterentwicklung in der digitalen Medienwelt absprechen wollen. Doch der sich anbahnende Wildwuchs schadet dem Markt und der Medienvielfalt.

Die bisherige Kontrolle von ARD und ZDF reicht nicht aus, um der ungehemmten Onlinegier Einhalt zu gebieten. In vielen Fällen sind die Rundfunk- und Fernseh-räte zum reinen Abnickgremium verkommen. Das bisherige System der Aufsicht hat versagt. Die Bundesländer müssen endlich den Mut haben, für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk entsprechende Leitplanken zu errichten, damit ARD und ZDF nicht noch weiter vom Weg abkommen.

Vielleicht können die Ministerpräsidenten den Intendanten einmal eine Dienstreise nach London zur BBC spendieren. Denn die gebührenfinanzierte BBC setzt nicht wie ARD und ZDF auf eigene Videoportale, sie stellt ihre Inhalte über das Filmabrufportal Youtube gratis jedermann zur Verfügung. Das ist preiswert und effektiv.

siebenhaar@handelsblatt.com

gastautor@handelsblatt.com